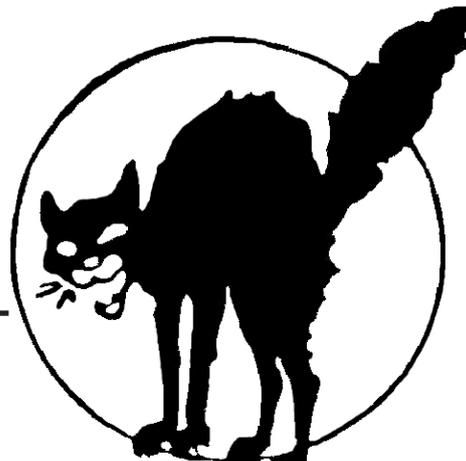


# di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter\_innen Union in der Schweiz



## Pavatex und die Sozialpartnerschaft

Ende Oktober wurde die Schliessung der Produktion im Pavatex-Werk in Fribourg verkündet, die 47 Arbeiter ihren Job kostet. Nach dem Schliessungsentscheid streikten die Arbeiter und besetzten die Fabrik. Sie forderten Verhandlungen über einen Sozialplan. Dabei entwickelten sie für 3 Tage gehörigen Druck, unterlagen dann aber der Ideologie der Sozialpartnerschaft und gaben die Besetzung und den Streik zu Gunsten von Verhandlungen auf.



Für die Freund\_innen von kitschigen Metaphern war der Weg zur besetzten Pavatex-Fabrik ein gefundenes Fressen: Man entsteigt dem Bus an der Haltestelle Charmettes, Pérolles. Mitten in einem Schul- und Universitätsgebiet. Moderne Gebäude. Alles auf Hochglanz. Dann beginnt der 20minütige Fussmarsch zur Fabrik. Von der Anhöhe läuft man hinunter Richtung Fluss, Richtung Sarine. Der Weg führt durch ein Waldgebiet. Anfangs hats noch ein Trottoir für Fussgänger, später fehlt dieses gänzlich. Erst nachdem sich die Strasse einige Male wie am Gotthard gewunden hat, kommt

man ans Ziel: Die besetzte Fabrik. Nicht nur erinnert der Weg an das „Hinabsteigen in die verborgenen Stätten der Produktion“ aus Marx' Kapital. Vielmehr ist er auch wie eine Metapher für die Situation vieler Kämpfe in der Schweiz. Unter der glänzenden Oberfläche der reichen Volkswirtschaft nehmen der Stress und die Unsicherheit an den Arbeitsplätzen zu. Doch im Unterschied zu vielen Konflikten, die nie an die Oberfläche dieser Gesellschaft kommen, machte die Auseinandersetzung bei Pavatex mit einem grossen Knall auf sich aufmerksam.

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2015

Nr. 34, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

### In dieser Ausgabe

**Einige Gedanken zum Streik bei TPG** 4

In Genf streikten die öffentlichen Verkehrsbetriebe unter anderem gegen Stellenabbau.

**Währung mit Manifest** 6

An der diesjährigen Tour de Lorraine wird die Alternativwährung Bonobo lanciert.

**Niemand unter 15 ...?** 9

Kinderarbeit ist verboten. In „Ausnahmefällen“ aber höchst erwünscht.

**Die soziale Schlacht um England** 10

1984 legten sich die Minenarbeiter Grossbritanniens mit Margaret Thatcher an. Was folgte, war eine historische Niederlage.

**Wohin des Weges?** 12

oft sprechen Gruppen von einer solidarischen Bewegung - ganz für sich allein.

**Upton Sinclair: Der Dschungel** 14

Ein Buch zwischen Roman und Reportage über das Chicago vor 100 Jahren.

### Rubriken

Kultur 15  
Rechtliches 16

## Editorial

Zwei Ereignisse in Fribourg und Genf wurden in den letzten Monaten in der Deutschschweiz fast totgeschwiegen: Die Streiks mit Besetzungen bei der Pavatex und den Genfer Verkehrsbetrieben wurden in den bürgerlichen Medien kaum erwähnt. Nicht nur deswegen berichten wir über beide Streiks, wie die Streiks entstanden sind und vor allem wie sie zu Ende gegangen sind, ist interessant. Wählten die beiden Belegschaften doch Mittel, die sonst in der Schweiz eher verpönt sind (oder waren?) – also Streik und Besetzung. Dass die Schweiz definitiv kein Paradies der Werktätigen ist, zeigt auch der Artikel über die Jugendlichen, welche in Betrieben aushelfen. Sie tun das offiziell um die Berufe kennenzulernen und um sich bessere Chancen auf eine Lehrstelle zu sichern. Dass die betreffenden Betriebe aber von den Jugendlichen profitieren könnten, erwähnt niemand – und auch nicht, dass es in der Schweiz rechtlich etwas... sagen wir mal heikel sein könnte, Menschen unter 15 in einem Betrieb zu beschäftigen (ausser natürlich es sind Familienmitglieder, dann ist es völlig legitim...). Natürlich geht es den Meisten in der Schweiz besser als den Meisten in anderen Ländern. Das ist aber überhaupt kein Grund alles schönzureden und nicht für Verbesserungen zu kämpfen, denn wir sind alle von der Willkür der Besitzenden und Befehlenden abhängig. Wenn wir unsere Jobs verlieren, haben wir Probleme unser Leben so weiterzuführen wie bisher – vor allem wenn die sozialen Netze von den (fast immer) vermögenden Politiker\_innen bis zum Verschwinden durchlöchert werden. Die einzige Möglichkeit dieser Gefahr zu begegnen ist es sich zu organisieren und eigene Forderungen durchzusetzen – und nicht nach unten zu stiefeln und denen die Schuld zu geben, die es noch schlechter haben. Dass dies nicht ein Hirngespinnst ist, haben die Buschauffeurinnen und Trämpler, die Kontrolleure und Depotarbeiterinnen in Genf gezeigt. Nur schon die Drohung des unbefristeten Streiks reichte ihnen in ihrer Einigkeit zum Erfolg.

Eure FAUistas

## Pavatex

(von Seite 1)

### Ein angekündigtes Ende

Von aussen betrachtet, schien noch im Sommer die Welt einigermaßen in Ordnung zu sein. Im Juni 2014 gab Martin Tobler, Direktor für Marketing und Entwicklung bei Pavatex, der Zeitung 20



*Damals war die Fabrik noch besetzt.*

Minuten zu Protokoll: „Wir glauben an die Zukunft dieser Fabrik, wir tun alles um sie zu erhalten.“ Doch wer die Entwicklung bei Pavatex etwas genauer verfolgte, dem war klar, dass die Schliessung des Werkes in Fribourg nicht aus heiterem Himmel kam. Weil der Spanplatten-Hersteller den Löwenanteil seines Umsatzes in Frankreich und Italien macht, traf ihn die Krise in Europa hart. Bereits im September 2011 baute Pavatex in der Schweiz 10 Arbeitsplätze ab und setzte eine Lohnkürzung von 4% in der Produktion durch. Zudem wurde 2013 im französischen Golbey ein modernes Werk aus dem Boden gestampft, womit die Konkurrenzsituation für die veraltete Produktionsstätte in Fribourg weiter verschlechtert wurde. Anfang 2014 sollten daher weitere 18 Stellen in Fribourg gestrichen werden. Nach Intervention der Betriebskommission und der Gewerkschaft konnte der Abbau jedoch abgewendet werden. Dafür war für den Herbst Kurzarbeit vorgesehen. Das Gespenst der Schliessung der Produktion geisterte seit 2011 immer wieder durch die Fabrikhallen.

Aufgrund dieser Vorgeschichte war es für die meisten Arbeiter keine Überraschung, dass die Fabrik geschlossen wurde. Leider hatte dies auch zur Konsequenz, dass ihnen eine Erhaltung der Fabrik in Fribourg als nicht realistisch erschien. Der Schliessungsentscheid

wurde daher nie in Frage gestellt. Was die Arbeiter aber auf die Palme brachte, waren die vorgesehenen Begleitmassnahmen. Pavatex weigerte sich, einen Sozialplan vorzulegen. Stattdessen wurde eine Personalfirma zur „Laufbahnberatung“ angestellt. Eine Leistung, die auch jedes RAV anbietet. Zudem sollten Stellen in den Werken in Cham und Gol-

bey angeboten werden. Abgesehen davon, dass die meisten Arbeiter zwischen 45 und 60 Jahre und längst in Fribourg sesshaft sind, würde diese Idee entweder an der Sprachschwelle (Cham) oder an den schlechteren Bedingungen (Golbey) scheitern. Kurzum: Die Begleitmassnahmen waren ein schlechter Witz. Als die Kapitalisten sich weigerten, mit den Arbeitern und der Gewerkschaft UNIA über einen Sozialplan zu verhandeln, besetzten die Arbeiter am 11. November die Fabrik und traten in den Streik.

### Streik und Besetzung für den Sozialplan

Hier brach sich etwas Bahn, was schon länger unter der Oberfläche brodelte: Die Arbeiter fühlten sich zutiefst in ihrer Würde verletzt und die strikte Weigerung von Pavatex, auch nur in der Frage der Verhandlungsdelegation entgegenzukommen, brachte das Fass zum Überlaufen. Hatten Betriebskommission und Gewerkschaft nach dem Schliessungsentscheid die Arbeiter noch überreden können, die Maschinen wieder anzuwerfen und nicht in den Streik zu treten, so waren der Druck und die Empörung nun einfach zu gross. Die Forderungen waren so klar wie minimalistisch: Aufnahme von Verhandlungen mit den Gewerkschaften am Tisch. Pavatex begann sich unter dem Druck des Streiks zu winden. Einem ersten Bedauern darüber, dass das

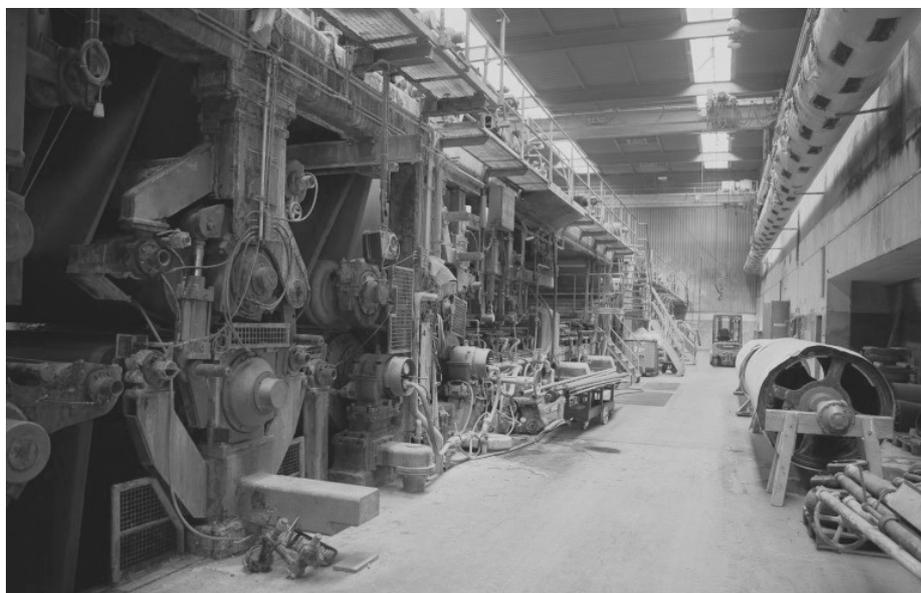
„grosszügige Angebot“ ausgeschlagen werde, folgte bald die Erklärung, der Streik sei illegal. Als die Arbeiter einem Ultimatum der Geschäftsleitung zur Aufnahme der Arbeit nicht Folge leisteten, stellte das Unternehmen die Zahlung der Löhne ein und wollte den Einkommensausfall auf die streikenden Arbeiter abwälzen. Als sich am vierten Streiktag in einer Sitzung die Gewerkschaft, Pavatex und ein Regierungsrat trafen, willigte das Unternehmen auf Verhandlungen im Beisein der UNIA ein.

Dieser „Erfolg“ war allerdings hart erkaufte. Als Bedingung zur Aufnahme der Verhandlungen mussten die Arbeiter den Streik und die Besetzung beenden. Die Arbeit wurde am 17. November wieder aufgenommen. Nur für eine Woche, denn am 21. November schloss die Fabrik definitiv. An ebendiesem 21. November sollten auch die Verhandlungen zu Ende gehen. Damit gaben die Arbeiter ihr Faustpfand ganz ohne Zwang aus der Hand. Es war nun nicht mehr möglich, Druck auf Pavatex zu entwickeln. Entsprechend bestand das Resultat der Verhandlungen hauptsächlich darin, dass das Geld für die Personalberatungsfirma den Arbeitern direkt ausbezahlt wurde.

### Die Sozialpartnerschaft in unseren Köpfen

Man muss sich einmal vor Augen führen, um welche Einsätze es in diesem Kampf gegangen ist. Es ging nicht um den Erhalt der Arbeitsplätze. Das Erreichen eines materiell besseren Sozialplanes war zwar die dem Kampf zugrundeliegende Motivation, doch gefordert wurde nur die Aufnahme von Verhandlungen mit der UNIA am Tisch. So tief verankert ist die Sozialpartnerschaft in den Köpfen eines grossen Teils der Arbeiter\_innen in der Schweiz. Zwar wird in der Romandie eher zum Mittel des Streiks und der Besetzung gegriffen, doch der Horizont der Kämpfe gegen Fabrikschliessungen geht kaum über einen verbesserten Sozialplan hinaus. Um diese Schranke zu durchbrechen müssten Erfahrungen gemacht werden können. Erfahrungen die ein Bewusstsein der eigenen Stärke geben. Doch die Zeit für Lernprozesse bei Fabrikschliessungen ist kaum vorhanden: Ist der Kampf verloren, hört der Arbeitsort

zu existieren auf. Die kollektiven Erfahrungen der kämpfenden Arbeiter\_innen gehen mit der Fabrik zusammen unter. Zwar werden die Arbeiter\_innen später an einem anderen Ort wieder arbeiten und sich sicher an den Streik erinnern. Doch wie die Erfahrungen aus anderen verlorenen Kämpfen gegen die Fabrikschliessung zeigen, haben die Arbeiter\_innen am neuen Ort weder die gleiche Position wie in der alten Fabrik noch grosse Lust, sich ein weiteres Mal zu exponieren. Auch die Gewerkschaften haben kaum ein Interesse daran, ihre verlorenen Kämpfe kritisch aufzuarbeiten. Für die Gewerkschaften ist es letztlich vor allem wichtig, dass es zu Verhandlungen kommt und sie als Sozialpartnerinnen ernst genommen werden. Es ist daher auch bezeichnend, dass



*Wie in Deisswil untertreiben die Arbeiter ihre Rolle. Ein Blick in die stillgelegte Kartonfabrik in Deisswil.*

an der ersten Verhandlung zwischen Gewerkschaft, Regierung und Pavatex kein Arbeiter dabei war. Dies schien allerdings niemanden zu stören. Am nächsten Tag war der Streik vorbei, dafür kam es zu den Verhandlungen.

Zwar hat die Belegschaft bei Pavatex eine radikalere Handlungsweise gewählt, doch auf der Ebene des Bewusstseins über die eigene Rolle unterscheiden sich die Vorstellungen kaum von jenen der Arbeiter in Deisswil<sup>1</sup>. Daher auch das Hoffen auf Verhandlungen mit der UNIA zusammen am Tisch. Trotz der Fabrikschliessung konnte man die Pavatex-Arbeiter mit viel Respekt vom Direktor sprechen hören. Die Direkti-

on sei fair und Argumenten zugänglich. Hinzu kam das beinahe grenzenlose Vertrauen in die Gewerkschaft UNIA: Immer wieder betonten die Arbeiter, dass man ohne die UNIA nicht hier wäre. Die eigene Rolle wurde total unter den Scheffel gestellt. Erst auf Nachfragen hin konnte man auch hören, dass es ja eigentlich die Besetzung und der Streik der Arbeiter waren, welche den Druck erhöhten und überhaupt zu Verhandlungen führten. Es ist genau diese Ambivalenz des Bewusstseins, dieses Hin-und-Herschwanken zwischen Wissen um die eigene Stärke und Vertrauen auf die Gewerkschaften als Spezialistinnen, das wohl typisch für die Situation in der Schweiz ist. Nur ganz selten und häufig nur punktuell setzt sich die radi-

kalere Seite durch und kann – meistens – Erfolge für die Arbeiter\_innen hervorbringen. Für eine radikale Linke könnte diese Ambivalenz genau die Stelle sein, an welcher der Bruch mit dieser so homogen wirkenden kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Die radikale Seite dieser Ambivalenz findet sich fast in jedem Kampf, auch wenn sie manchmal sehr schwach ausgeprägt ist. Es ginge darum, ihr den Rücken zu stärken.

**Urs Zbinden**

<sup>1</sup> Siehe di schwarzi chatz #6-8 oder Netzwerk Arbeitskämpfe: Der geplante Tod einer Fabrik. Der Kampf gegen die Schliessung der Karton Deisswil. Bern 2010. ISBN 978-3-905984-02-6

# Einige Gedanken zum Konflikt bei TPG

**Am 19. November 2014 haben die Arbeiter\_innen des Genfer Verkehrsbetriebs TPG zusammen mit der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV einen eintägigen Streik gegen die Kürzung der Leistungen des öffentlichen Verkehrs und gegen die Streichung von 131 Arbeitsplätzen organisiert.**

Worauf ist dieser Streik zurückzuführen? Der Genfer Staatsrat hat für die Legislaturperiode 2015-2018 einen neuen Leistungsvertrag mit dem TPG vorgesehen. Der neue Vertrag sah die Streichung von 131 Stellen vor (davon 63 direkte Entlassungen), die Unterbrechung der Lohnindexierung für vier Jahre sowie die Beseitigung gewisser Errungenschaften für die Rentner\_innen. Zudem waren gewisse Leistungskürzungen für die Nutzer\_innen der TPG vorgesehen (Reduzierung der Fahrtrhythmen, Kürzungen gewisser Strecken etc.). Gleichzeitig benutzte der Staatsrat eine Abstimmung, um Arbeiter\_innen und Nutzer\_innen der TPG zu spalten: Im Mai entschied die stimmberechtigte Bevölkerung in einem Referendum die Senkung der Ticketpreise. Der Staatsrat drehte nun das Abstimmungsergebnis um und argumentierte, dass die dadurch verursachten Mindereinnahmen zu einem Abbau führen müssen. Der reale Grund für die Angriffe auf Arbeitsbedingungen und Leistungen des öffentlichen Verkehrs ist jedoch das Sparprogramm, welches die Regierung anfangs der Legislatur angekündigt hat, nämlich die Senkung der öffentlichen Ausgaben um 1 Milliarde Franken innerhalb von vier Jahren – und dies eindeutig auf dem Buckel der Arbeiter\_innen und der Nutzer\_innen des öffentlichen Verkehrs.

In einem Flugblatt, welches die Arbeiter\_innen am Streiktag verteilt haben, schreiben sie: „Schon heute ist das Personal des TPG unterbesetzt und arbeitet unter immensem Druck. Das Verkehrsnetz wurde in den letzten Jahren auf dem Buckel der Arbeiter\_innen ausgebaut. So wurde beispielsweise die Arbeitszeit stetig verlängert. Das Resultat: Das Personal ist müde und die Abwesenheitsquote aufgrund von Krankheit ist massiv gestiegen. Das ist der Indikator eines

schlimmen Problems: Die Gesundheit der Arbeiter\_innen wird degradiert und so ist auch die Sicherheit der Nutzer\_innen betroffen.“

Für den 19. November haben die TPG Arbeiter\_innen und die Gewerkschaft SEV entschieden, einen Streiktag einzuberufen, um den Druck auf den Staatsrat zu erhöhen und ihn zu zwingen, den neuen Leistungsvertrag zurückzuziehen. Ein Tramführer und Mitglied der Gewerkschaft erklärt den Streiktag folgen-



*Rien ne va plus: Arbeiter\_innen blockieren die Tramdepots.*

dermassen: „Wir können eine sehr positive Bilanz ziehen: Nicht eines der 434 Fahrzeuge der TPG ist ausgefahren an diesem Tag. Alle Arbeiter\_innen haben sich an diesem exemplarischen Streik beteiligt. Der Staatsrat hat versucht, den Streik zu delegitimieren, indem er öffentlich sagte, dass die Streikenden und die Gewerkschaft auf Kollegen Druck ausgeübt haben soll, die nicht streiken wollten. Aber kein Arbeiter hat sich ans Steuer gesetzt. Der Druck ist vielmehr von der Betriebsleitung selbst gekommen. Wir haben den Streik ernst gemeint und im Interesse aller Arbeiter gehandelt. Der Bewegung haben sich auch solidarische Nutzer des öffentlichen Transports angeschlossen.“

Der Streik hat dann aber zu einer Akzentuierung des Konflikts geführt und der Staatsrat hat den Arbeiter\_innen zu drohen versucht: Ohne die Garantie ei-

nes Mindestdienstes (service minimum) keine Verhandlungen! Zu diesem Zeitpunkt konnten die Arbeiter\_innen dem Druck der TPG und des Staatsrates widerstehen. Die Mobilisierung wurde gar mit einer Demonstration durch Genf am 27. November verstärkt. Und für den 4. Dezember – den Tag, an dem das Genfer Parlament über den Leistungsvertrag abzustimmen hatte – wurde ein weiterer Streik ausgerufen, diesmal jedoch auf unbefristete Zeit. Zu diesem

Zeitpunkt sprengte der Konflikt bei TPG den „sozialpartnerschaftlichen Rahmen“: Die Arbeiter\_innen liesssen sich nicht unter Druck setzen und akzeptierten keine Erpressungen von Seiten der Betriebsleitung. Die Gewerkschaft unterstützte zudem die Forderungen und Aktionen der Arbeiter\_innen vollumfänglich.

Das Risiko eines erneuten und gar unbefristeten Streiks

am 4. Dezember zwang die „Sozialpartner“, sich doch an den Verhandlungstisch zu setzen. Während zweier Verhandlungstage am 2. und 3. Dezember wurde versucht, eine Lösung des Konflikts zu finden. Am 3. Dezember um 18.30 Uhr kündete die Gewerkschaft SEV an, eine „Vereinbarung von Qualität“ gefunden zu haben, welche der Arbeiter\_innenversammlung am 4. Dezember zu Schichtbeginn um 3.00 Uhr unterbreitet werde. Und gerade in dieser Abstimmung zur Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung TPG und der Gewerkschaft SEV manifestierte sich die Rückkehr des Konflikts in den üblichen „sozialpartnerschaftlichen Rahmen“. Die Gewerkschaft und die Betriebsleitung kündeten gemeinsam an: „Ohne grosse Überraschungen sollte der Streik suspendiert werden.“ Die Arbeiter\_innen stimmten am Morgen des 4. Dezembers 2014 fast einstimmig

(es gab nur eine Gegenstimme) dem Verhandlungsergebnis zu. Das Abkommen beinhaltet folgende Punkte: Die Garantie, dass in Verbindung mit dem neuen Leistungsvertrag bis 2018 keine Entlassungen ausgesprochen werden; der Erhalt aller Arbeitsplätze für 2015, die Ersetzung der Abgänge aufgrund von Pensionierungen inbegriffen; der Erhalt der Mechanismen der Lohnindexierung während der Berufskarriere; der Erhalt der Abmachungen und „Vorteile“ für die Renten bei TPG. Zudem haben die Gewerkschaft SEV und die Betriebsleitung TPG abgemacht, die Arbeitsbedingungen der Chauffeur\_innen zu verbessern, insbesondere in Bezug auf die Pausen bei den Endstationen. Einziger Wermutstropfen ist, dass sich der SEV ab Januar 2015 dazu verpflichtet hat, über einen Mindestdienst (service minimum) zu verhandeln. Die Arbeiter\_innen haben zwar das Verhandlungsergebnis angenommen, sich deswegen aber nicht zurückgelehnt. Um den Druck auf die Politiker\_innen aufrecht zu erhalten, haben die TPG Arbeiter\_innen am gleichen Tag an der Demonstration vor dem kantonalen Parlament teilgenommen, die während der Abstimmung zum neuen Budget für den Service Public stattfand.

### Wie soll nun der Verlauf des Konflikts bei TPG beurteilt werden?

Auf der materiellen Ebene widerspiegelt das Verhandlungsabkommen die entschlossene Verteidigung der Arbeits- und Lohnbedingungen durch die Arbeiter\_innen und ist somit als wichtiger Etappensieg zu lesen. Zudem konnte während der ganzen Mobilisierungsphase, die mit dem Streik am 19. November begonnen hat, eine solidarische Bindung zwischen den Arbeiter\_innen geknüpft werden und die Erfahrungen werden in den zukünftigen Konflikten als Waffe dienen.

Die Entscheidung jedoch, auf den zweiten Streiktag vom 4. Dezember zu verzichten, wirft wichtige Fragen auf. Die Ankündigung „weiterer Kampfmassnahmen“ nach dem 19. November war mit der Tatsache verbunden, dass das Genfer Parlament an jenem Tag über den neuen Leistungsvertrag zwischen dem Genfer Staat und der TPG abstimmt. Dieses Dokument legt die zu erreichenden Ziele für die TPG und ihre finanziellen Mittel

für die Jahre 2015-2018 fest. In einem Referendum im Monat Mai hatte die Stimmbevölkerung einer Senkung der Preise zugestimmt, was zu einem Rückgang der Einnahmen führt, welcher der Staatsrat nicht mit zusätzlichen Ausgaben zu kompensieren beabsichtigt. In anderen Worten: Das Budget, welches vom Parlament genehmigt wurde, sieht kein weiteres Geld für die TPG vor, so dass das von der Gewerkschaft und der Betriebsleitung der TPG verhandelte Abkommen (status quo in Sachen Arbeitsplätze und Lohn) und der am 4. Dezember vom Genfer Parlament genehmigte neue Leistungsvertrag 2015-2018 (reduziertes Budget) in Widerspruch zueinander stehen. Daher ist der Konflikt zwischen der Betriebsleitung und der Gewerkschaft und Arbeiter\_innen trotz des Abkommens alles andere als gelöst. Anders als in der Auseinandersetzung bei Pavatex in Fribourg (siehe Artikel „Pavatex und die Sozialpartnerschaft“ auf Seite 1), bei der die Arbeiter nach einem Treffen zwischen der Gewerkschaft Unia und der Betriebsleitung auf die Weiterführung des Streiks und der Betriebsbesetzung verzichteten und die Betriebsleitung lediglich garantierte, sich mit den Arbeitern an den Verhandlungstisch zu setzen, konnten die Arbeiter\_innen der TPG durch ihren Streik und der Androhung einer weiteren, unbefristeten Streik materielle Garantien erzwingen. Dieser Unterschied zeigt wie zentral es ist, die einzige Waffe, welche



die Unternehmer auch noch den staatlichen Geldhahn (Kurzarbeit) an. Verängstigt, den Arbeitsplatz zu verlieren, und vermutlich mit der Hoffnung im Bauch, so den Betrieb zu retten, rebellierten die Arbeiter erst zu spät, als alles entschieden war. Ökonomischen Druck konnten die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aufsetzen: Die Weigerung ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen kam zu spät, die Wirkung des Streikes verpuffte somit; die Stilllegung stand unmittelbar bevor. Unter ganz anderen Voraussetzungen kämpften die Arbeiter\_innen in Genf. Der Zusammenhalt innerhalb der Belegschaft war bereits vor dem Streik offensichtlich sehr eng. Die miesen Arbeitsbedingungen schweissten die Leute zusätzlich zusammen. Mit dem Wissen, halb Genf

die Arbeiter\_innen haben – den Streik oder zumindest die Streikandrohung – nicht bei der ersten Gelegenheit aus den Händen zu geben.

Gleichzeitig offenbaren die Konflikte bei der TPG in Genf und der Pavatex in Fribourg die unterschiedlichen Voraussetzungen, einen Arbeitskampf tatsächlich gewinnen zu können. Zwei Gründe kristallisieren sich je länger, desto deutlicher heraus: Erstens die Vorgeschichte eines Konfliktes, und zweitens die Möglichkeiten der Belegschaften konkret Macht auszuüben. Dass das Pavatex-Werk in Fribourg stillgelegt werden würde, hat die Betriebsleitung von langer Hand geplant. Seit Jahren investierte Pavatex nicht mehr ins Fribourger Werk, zudem sind die Lohnkosten erheblich höher als in Frankreich. Die Betriebsleitung nagte das letzte Fleisch am Knochen ab, indem sie den Arbeitern (offiziell vermutlich wegen der Krise) zwischen 2011-2014 einen Lohnverzicht von 3% aufdrängten, schliesslich zapften

die Unternehmer auch noch den staatlichen Geldhahn (Kurzarbeit) an. Verängstigt, den Arbeitsplatz zu verlieren, und vermutlich mit der Hoffnung im Bauch, so den Betrieb zu retten, rebellierten die Arbeiter erst zu spät, als alles entschieden war. Ökonomischen Druck konnten die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aufsetzen: Die Weigerung ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen kam zu spät, die Wirkung des Streikes verpuffte somit; die Stilllegung stand unmittelbar bevor. Unter ganz anderen Voraussetzungen kämpften die Arbeiter\_innen in Genf. Der Zusammenhalt innerhalb der Belegschaft war bereits vor dem Streik offensichtlich sehr eng. Die miesen Arbeitsbedingungen schweissten die Leute zusätzlich zusammen. Mit dem Wissen, halb Genf

(weiter auf Seite 6)

lahm legen zu können – den Öffentlichen Verkehr kann man nicht einfach stilllegen wie den Betrieb einer Fabrik! – entwickelten die Arbeiter\_innen eine beeindruckende Entschlossenheit und ein Selbstbewusstsein, die auch in der Öffentlichkeit wahr genommen wurden und eine breite Ausstrahlungskraft erzeugten. Für zukünftige Schliessungen von Betrieben – wie beispielsweise bei der angekündigten Stilllegung der NZZ-Druckerei in Zürich-Schlieren – wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass die Belegschaften ihre Macht ausnutzen,

solange dies noch möglich ist. Die Auseinandersetzung bei den TPG weist zudem über den konkreten Konflikt hinaus. Einerseits hat er der Dynamik der sozialen Bewegungen gegen den Abbau des Service Public in Genf weiteren Auftrieb verliehen. Teile der Staatsangestellten legten am 16. Dezember die Arbeit nieder. Sollte diese Arbeitsniederlegung keinen Erfolg zeitigen, sind für den Januar 2015 weitere Streiks angekündigt. Vor dem Hintergrund der Welle an Sparpaketen seit 2012 in der ganzen Schweiz, hat dieser gewonnene Konflikt auch eine Bedeutung im weiteren Kampf gegen Sparmassnahmen. Den von Kürzungen und Rationalisie-

rungen betroffenen Arbeiter\_innen des ÖVs in Luzern, Zug oder Zürich zeigt er unmissverständlich, dass nur eine Erhöhung des Einsatzes einen Erfolg bringen kann. Mit gelegentlichen Demonstrationen ist ausser dem zweifelhaften Effekt, anständig ein Zeichen gesetzt zu haben, kein Blumentopf zu gewinnen. Erst die Androhung des (unbefristeten) Streiks brachte die Garantie gegen Entlassungen. Es ist der Weg, den auch die anderen Bewegungen gegen Sparmassnahmen gehen müssen, wollen sie ernsthaft Einfluss nehmen auf den Gang der Dinge.

**Netzwerk Arbeitskämpfe,  
Dezember 2014**

## Währung mit Manifest

**Das diesjährige Thema der Tour de Lorraine lautet Geld. Dazu hat sich ein Verein gegründet, der am Wochenende im Januar die Alternativwährung Bonobo (Bon ohne Boss) in den Umlauf bringen will.**

Die Alternativwährung Bonobo will dem Kapitalismus Handlungsraum abringen und den Nutzer\_innen ermöglichen, Waren und Dienstleistungen „ballastfrei“ zu tauschen. Über Sinn und Unsinn einer alternativen Währung, beziehungsweise über konkrete Massnahmen gegen den Kapitalismus ist eine heftige Diskussion entbrannt. Das Gleichzeitige in Umlauf bringen einer Alternativ-Währung verleiht der Diskussion einen praktischen Aspekt. Dieser Artikel will einen Beitrag leisten, ohne dass ein eindeutiges pro oder kontra entsteht. Dafür ist es auch zu spät, da die Einführung des Bonobo eine beschlossene Sache ist. Umso wichtiger ist, dass sich die Kritiker\_innen auch darüber Gedanken machen, wie ihre Anliegen in der Praxis umgesetzt werden können.

Geld ist grundsätzlich ein Mechanismus, also auch wenn ideologische Komponenten mitspielen, können diese nicht direkt in der Bezahlung mit Bonobo beobachtet werden. Das Alternative an der Währung Bonobo besteht darin, dem Geldsystem ein moralisches Gerüst zu geben, im Bewusstsein, dass



*Bald mehr Ruhe vor dem Kapitalismus mit Alternativwährung?*

dadurch kein festgeschnürtes Korsett entsteht. Offen ist vor allem die Frage, ob die Initiant\_innen wirklich sagen können, was mit ihrer Idee gemacht wird? Können über die Definition, was das Schlechte an Geld ist, Verbote oder Gebote erlassen werden, die mit der Nutzung der Währung Bonobo eingehalten werden?

### **Die Vision des Projektes**

In den Statuten ist der Vereinszweck als *die Vermittlung von nachhaltigen alternativen Wirtschaftsformen sowie die Förderung einer gemeinwohl*

*orientierten Wirtschaft* beschrieben. Ein zweiter Zweck sieht vor, *über Darlehen kulturelle, soziale und ökologische Projekte und Vereine zu fördern*. Dabei sollen keine kommerziellen Zwecke oder Gewinne angestrebt werden und die Beteiligten ehrenamtlich tätig sein. Das gilt für die Verwaltung der Währung, weniger für die beteiligten Betriebe.

Wie dies alles geschehen soll, ist noch nicht weiter spezifiziert. Mit der Lancierung des Projektes haben die Initiant\_innen auf der Homepage eine Vision veröffentlicht (im grauen Kasten nachzulesen). Diese zeigt gleichermassen die Hoffnung als auch die Beschränkung eines derartigen Projektes auf. Die Alternativwährung soll einen Kreislauf darstellen, der vernetze und unterstütze, zusätzlich soll er dies unter einer bestimmten moralischen Haltung geschehen lassen. Dabei wird kaum über Geld gesprochen, und wenn, dann in einer Form, als ob Geld eine einzelne Basisfunktion aufweisen würde, die von der ganzen übrigen

Bedeutungslast befreit werden kann. Auf der Webseite kann unter *Häufige Fragen und Antworten* nachgelesen werden, dass die weiteren Regeln und Vorgehensweisen durch die Beteiligten ausgearbeitet werden sollen. Die Vorstellung, wie das Ganze in der Praxis funktionieren soll, sind also noch nicht allzuweit gediehen.

## Kritische und alternative Denkmuster

Derartige Projekte stellen ein starkes Zeichen dar, da sie das abstrakte und ungreifbare Phänomen Geld erfahrbar und mitgestaltbar machen. Einen bewussten Umgang mit dem eigenen „Konsum“ und der eigenen „Produktion“ ist genauso Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderung, wie die Analyse der Funktionsweise (des Geldsystems) als Ganzes. Dazu bedarf es aber auch einer kritischen Auseinandersetzung mit den Fakten und Realitäten. Mit letzterem ist zum Beispiel die Kapitalismuskritik gemeint, die das gestörte Verhältnis der Menschen zum ganzen Planeten als Ökosystem aufzeigt. Vieles am Geld ist durch den Kapitalismus beeinflusst. Je nachdem wie wir dazu stehen, behandeln wir Geld unterschiedlich. Aber Geldsysteme müssen nicht per se aus kapitalistischer Sicht betrachtet werden. Geldumläufe können auch als Interaktionsform einer Gesellschaft beschrieben werden, die theoretisch unter anderen Vorzeichen als dem Kapitalismus stattfinden kann. Wer eine Alternativwährung lanciert, muss sich also auch mit den Fakten der Funktionsweise von Geld an sich auseinandersetzen. Wie diese Auseinandersetzung in ein alternatives Geldsystem einfließt und ob das gelingt, ist eine ganz andere Sache.

## Das Problem mit dem Wirtschaftskreislauf

Die Initiant\_innen schreiben, dass sie den Zweck von Geld auf die Funktion einer Tausch- oder Zahlungseinheit reduzieren wollen. Gleichzeitig haben sie in ihrer Vision wiederum eine soziale etc. Alternativwirtschaft als Ziel und benutzen ihr Tauschsystem zur Förderung alternativer Projekte.

Die Schlange beisst sich hier in den Schwanz. Bei einer Währung stellt sich immer die Frage, wer sie hat und wo man etwas dafür bekommt. Das Problem ist einen funktionierenden Kreislauf<sup>1</sup> hinzubekommen. Dieser kann nicht von der Gesellschaft abgekoppelt betrachtet werden.

Geld in all seinen historischen Formen gab es nie in einer solch reinen Form, denn Geld war immer ein Mittel in einer bestehenden Wirtschaftsweise und damit zugleich auch immer der Ausdruck einer dominierenden Macht. Das Bild wurde primär von Adam Smith propagiert, um einen Ursprung für seine unsichtbare Hand zu haben, die den Markt reguliert, ohne das so etwas „Schlechtes“ wie Macht und Kontrolle, Selbstbereicherung und Ausbeutung Teil davon ist.

Heute versuchen lokale oder alternative Kreise die Bedeutung von Geld neu zu besetzen, dabei haben sie zwar noch wenig Macht, wenden sich mit ihrem Versuch aber explizit gegen eine bestehende Herrschaft. Wenn das Symbol für eine alternative Gesellschaft aber das verklärte Bild einer lokalen, unhierarchisierten Tauschwirtschaft als den Ursprung unserer heutigen Gelddefinition portiert und man glaubt, dass man einfach wieder

dahin zurück gehen kann, um die ganze Kapitalismus- und Herrschaftskritik zu erfüllen und um aus dem gegenwärtigen System zu entkommen, dann ignoriert man den Widerspruch, der im Grössenfaktor liegt. Zugleich bleibt so Tür und Tor offen, für eine unreflektierte Reproduktion der heutigen Zustände.

Geldsysteme haben unter anderem die Funktion, Waren- und Dienstleistungsflüsse einfacher und vor allem zeitlich

<sup>1</sup> Kreislauf meint gar nicht unbedingt ein vollendeter Zirkel, mindestens aber genügend Streuung der Währung bei Konsument\_innen und Produzent\_innen, dass die Nutzer\_innen relativ frei über ihre Ausgaben bestimmen können und die Betriebe mehrere Möglichkeiten haben, die Währung weiter im Umlauf zu halten.

unabhängiger zu gestalten. Dabei ist ihr Hauptziel, dass sie den Austausch von Gütern ohne direkten Kontakt und die damit verbundenen Anforderungen an Sympathie und Vertrauen erlauben. Daher müssen sie von einer grossen Zahl an Menschen unterstützt werden. „Stabile“ Geldsysteme kennen wir daher nicht im kleinen, lokalen Rahmen. Im lokalen Rahmen gibt es vor allem solidarische Systeme, die parasitär oder symbiotisch neben den offiziellen Währungen bestehen.

## Reproduktion der Ungerechtigkeit?

Im erwähnten Frage- und Antwortspiel auf der Homepage zeichnen sich bereits gravierende Konflikte ab. Auf der einen Seite wird den Angestellten der Bonobo-Betriebe angekündigt, dass ein Teil ihres Lohnes in Bonobo ausbezahlt werden kann, was sie aber ablehnen dürfen.



Auf der anderen Seite steht als Antwort auf eine fiktive Frage der Betriebe nur, dass sie ihre Bonobos an die Angestellten weitergeben können. Mit dem Rücktauschangebot an und für sich noch nicht so gravierend, doch erstens fällt dann der Zusatzaufwand den Angestellten zu und zweitens werden sie mit Gebühren bestraft. Natürlich nur, weil die Leute beim Bonobo gehalten werden müssen und darum ein Ausstieg bestraft werden muss. Solche kleinen Dinge wie Gebühren auf Rücktausch oder zweideutige Regelungen können sich zu kritischen Faktoren aufschaukeln. In ihnen werden weiter

(weiter auf Seite 8)

## Währung mit Manifest (von Seite 7)

Ungleichheiten und Machtdifferenzen bestehen bleiben, die das moralische Gerüst schleichend erodieren. Wenn sich dazu noch eine Mehrheit der Beteiligten aus Lohnabhängigen oder Betriebsinhaber\_innen zusammensetzt, stellt sich auch die Frage, wer denn in der Entwicklung der Währung für alternative Eigentumsstrukturen eintritt. Reproduziert sich so nicht einfach die Konfliktlinie zwischen Arbeitnehmer\_in und Arbeitgeber\_in?

## Ausbalancieren

Das Hauptproblem dürfte darin liegen, gleichzeitig eine grosse und funktionierende Güter- und Angebotsgemeinschaft aufzubauen, damit so etwas wie ein ausgewogener Kreislauf entsteht, ohne dabei die Prinzipien zur Teilnahme abzubauen. Kollektive und hierarchiefreie Betriebe sind selten genug, dass die Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse und die Reorganisation der Zusammenarbeit innerhalb der beteiligten Betriebe weit oben auf der Agenda zu stehen hat.

Freiwilligkeit ist zwar ein zentrales Axiom solcher Projekte, doch muss dieses wohl primär auf die Mitmachentscheidung angewendet werden, damit die Entwicklung der Währung nicht in die alten Bahnen umgelenkt wird. Wer zusammen mit seinen Angestellten an einer Alternativwährung arbeiten will, muss ihnen auch zugestehen, in Betriebsentscheidungen und Unternehmensstrategien eingebunden zu werden, natürlich inklusive aller notwendigen Informationen.

Es ist einfach zu sagen, dass bei dieser Währung die Moral im Vordergrund steht, aber es bedeutet noch nicht, dass die moralische Komponente im System integriert ist. Was heisst schon, dass eine Währung keine Spekulation erlaubt, wenn das ganze eine utopische Spekulation ist. Die Art der Spekulation, die die

Initiierenden verhindern wollen, entsteht erst ab einer kritischen Grösse und liegt nicht in der Hand der selbstverwalteten Gruppe, sondern in den Händen derjenigen, die damit ein Geschäft machen.

Momentan gibt es aber noch ein ganz anderes Problem. Solange das Projekt in den

Anfängen ist, mit wenig Beteiligten und geringen Umsätzen, ist es auch einfach angreifbar. Die ersten Angriffe werden dabei wohl von kritischen Menschen aus demselben Umfeld kommen. Vielleicht sehen Sie darin mehr eine sportliche Herausforderung als einen fundamentalen Angriff, aber Falschgeld kann bei einem so geringen Startkapital schnell einen bezifferbaren Anteil ausmachen. Bedrohlicher sind allerdings die oben erwähnten Widersprüche, die in der „prinzipientreuen“ Ausarbeitung hohe Anforderungen an die Beteiligten stellen.

Damit der Bonobo im Dschungel des Kapitalismus nicht zum Opfer von Wilderern wird, braucht es ein ausbalanciertes Kollektiv, das hinter der Währung und deren Kurzformel – Bon ohne Boss – steht. Noch ist es nicht ganz klar, ob der Bonobo von einem zerstörerischen Virus befallen ist, oder ob er selber einen solchen darstellen könnte. Hauptsache ist, dass viele die Möglichkeiten nutzen, um über Alternativen nachzudenken und dabei praktische Erfahrungen sammeln. So dass zu all den kritischen und hypothetischen Briefen und Artikeln auch Erfahrungen und Erlebnisse hinzukommen.



*Coming Soon: Mit der Tour de Lorraine sollen die ersten Bonobos in Umlauf gesetzt werden.*

## Vision der Initiant\_innen

„Die Alternativwährung **Bonobo** – Bon ohne Boss – bildet einen Kreislauf, vernetzt und unterstützt **demokratisch organisierte, sozial und nachhaltig handelnde, nicht profitorientierte Betriebe und Projekte**. Diese gemeinsamen Werte stiften Identität. Die Solidarität der teilnehmenden Betriebe und deren Kunden stärkt das Netzwerk und fördert neu entstehende Alternativen.

Zusammen möchten wir ein konkretes, zukunftsfähiges Element einer Gesellschaft ausserhalb der kapitalistischen Wachstumswirtschaft aufbauen und dabei regionale Kreisläufe und Strukturen stärken. Der Bonobo bietet nicht Hand zur Spekulation z.B. mittels Zins- und Kreditgeschäften. Er reduziert den Zweck des Gelds auf seine ursprüngliche Funktion als Zahlungs- resp. Tauschmittel.

Die Struktur, die Teilnahmekriterien und die Ziele werden durch die mitmachenden Betriebe und Privatpersonen definiert. Der Bonobo ist selbstverwaltet.“

Quelle:

[www.bonobo-bern.ch/index.php?id=197](http://www.bonobo-bern.ch/index.php?id=197)

s.deo

## Tour de Lorraine 2015

vom 22.-24. Januar zum Thema **Geld**

Mit einer breiten Palette an Workshops, Vorträgen, Simulations-Spielen, Vorträgen und Filmen

Veranstaltung: **Blick über den Tellerrand**

Boniato – Erfahrungen mit einer Alternativwährung und gemeinwohlorientiertem Wirtschaften in Spanien.

weitere infos auf [tourdelorraine.ch](http://tourdelorraine.ch)

# Niemand unter 15 Jahren...?

**Jugendliche unter 15 Jahren sollen „Berufserfahrungen sammeln“, um sich „auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten“.**

Seit 1938 besteht in der Schweiz ein Gesetz, welches festlegt, dass Arbeitnehmer\_innen mindestens 15 Jahre alt sein müssen, zwei Jahre später wurde das entsprechende Schutzalter auch für selbständige Heimarbeit festgelegt. Laut dem Gesetz dürfen Jugendliche unter 15 also nicht arbeiten. Wie so oft schützt eine solche Regelung nicht immer: Das Gesetz erlaubt in „Ausnahmefällen“ „leichte Arbeiten“ auszuführen und dies während maximal 3 Stunden am Tag und maximal 9 Stunden in der Woche. Was als Ausnahmefall gilt, ist eine Frage der Auslegung. Das Problem dabei ist nicht, dass sich 14- oder 15-jährige ein bisschen Sackgeld dazu verdienen möchten, sondern dass sie dazu gebracht werden sollen, um sich auf das „richtige Leben“ vorzubereiten. Die Argumentation mit welcher der Ausnahmefall begründet wird, ist denn auch die „Berufswahlvorbereitung“. Mit dem Sackgeld, das in den Wochenplätzen – wie die Arbeitsplätze für Arbeitnehmende unter dem Schutzalter genannt werden – ist denn auch nicht viel zu argumentieren. Die „Löhne“ der Jugendlichen bewegen sich fast immer im unterirdischen Bereich – zwischen 5 und 9 Franken pro Stunde. Ein Schelm, wer denkt, dass die Jugendlichen tatsächlich produktiv sein könnten und der Betrieb von ihnen profitieren könnte. Etwa wenn sie mit leichter, aber personalintensiver Arbeit beschäftigt werden.

## **Eine zusätzliche Ausbildungsstufe?**

Die Firmen möchten denn auch die Wochenplätzler\_innen später als Lehrlinge behalten, wo sie dank der bisherigen Erfahrung schon produktiver (also rentabler) sind als neu in den Beruf einsteigende Lehrlinge. Deswegen möchten die Arbeitgeber\_innen auch, dass die Jugendlichen nicht in den Schulferien arbeiten gehen, sondern während dem ganzen Jahr neben der Schule. Wenn das Modell Wochenplatz gefördert wird – was vorgesehen ist – könnte es

dazu kommen, dass eine Lehrstelle ohne vorherigen Wochenplatz schwierig(er) zu erhalten ist, was wiederum dazu führte, dass der Druck auf die Jugendlichen neben der Schule noch neun Stunden zu arbeiten, massiv zunähme. Die Argumentation der Befürworter der Wochenplätze ist bereits jetzt, dass Jugendliche mit Berufserfahrung bessere Chancen auf eine Lehrstelle hätten. Nach dieser Argumentation gibt es im Leben nur eines, was zählt: die Arbeit. Die Jugendlichen sollen eine zu ihnen

auf Baustellen „leichte“ Arbeiten durchführen, solange das schwammige Gesetz nicht allzu sehr strapaziert wird und, wie es Unia-Jugendsekretärin Lena Frank ausdrückt, „die Schüler nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.“ Um zu zeigen, dass diese Vorgaben auch so gut funktionieren, reicht ein oberflächlicher Blick auf den Zivildienst: Zivis dürften eigentlich keine bezahlten Arbeitsplätze konkurrieren (ein Zugeständnis an die Zentralgewerkschaften), doch genau dies tun die meisten Zivildienstplätze,



*Wochenplätze für Jugendliche als Bindung an zukünftige Arbeitgeber\_innen und Gewöhnung an die Arbeit.*

passende Lehrstelle so früh wie möglich finden, den Beruf so schnell wie möglich lernen, damit sie vollwertig produktive Mitglieder der Volkswirtschaft werden können. Die Argumentation kommt bekannt vor – nur wenige Wochen bevor die Wochenplätze zur Story wurden, rauschte ein marktgeiles Klagegedicht durch die Medien: Es gebe in der Schweiz rund 50'000 Frauen, die einen Hochschulabschluss hätten, aber nicht berufstätig seien. Dies, so wurde gejammert, sei verlorenes Geld für die Volkswirtschaft, da diese Frauen teuer ausgebildet worden seien und nun die „Investition“ nicht „zurückbezahlen“.

## **Gewerkschaften sehen kein Problem**

Und was sagen die Zentralgewerkschaften dazu? Die Unia findet es nicht störend, wenn Jugendliche zum Beispiel

ganz egal ob ein Zivi als Knecht auf einer Alp, als Pfleger in einem Altersheim oder als Pflegehilfe in einem Operationsaal arbeitet. Was von den sogenannten linken Politiker\_innen in Arbeitsfragen zu halten ist, wissen Leser\_innen von *di schwarzi chatz* längst, doch der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer äussert sich zum Thema gar als Wasserträger neoliberaler Ideen. Er habe als Jugendlicher selber regelmässig in einer Druckerei und einer Drogerie gearbeitet. Für ihn sei das Modell eine „super Sache“: Die Schüler\_innen „lernen auch, in einem Umfeld zu bestehen, das etwas rauer ist als jenes im Klassenzimmer.“ Oder mit anderen Worten: Niemand ist zu jung, um sich die arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten Egoismus, Härte und Konkurrenzdenken anzueignen.

# Die soziale Schlacht um Grossbritannien

**1984 rief in Grossbritannien die *National Union of Mineworkers (NUM)* zum landesweiten Minenstreik auf. Was sie nicht ahnten: Die Regierung Thatcher war bestens vorbereitet. Ein Lehrstück des Klassenkampfes von oben.**

1984 befand sich Grossbritannien schon längst im Umbruch. Seit 1979 stand die gewerkschaftsfeindliche Margaret

entwickelten sich lokale Streiks und am 12. März rief die NUM unter Leitung von Arthur Scargill schliesslich den landesweiten Streik aus. Das heikle daran: Laut Statuten der NUM konnte ein Landesstreik nur mit einer Zustimmung von 55% der Mitglieder durchgeführt werden. Eine Abstimmung über den Streik – wie es Statuten und Gesetz vorsehen – gab es jedoch nie. Die NUM-Leitung umging ihre eigenen Statuten, indem sie

Sektor eine grosse Verhandlungsmacht. Wurde dort die Arbeit niedergelegt, drohten Energieengpässe sowohl für die Industrie, als auch für Privathaushalte. Schon zehn Jahre vor dem desaströsen Streik von 1984 war die NUM an einem Streik beteiligt. Im Gegensatz zu 1984 war der Streik von 1974 aber ein voller Erfolg und machte die NUM zu einer der wichtigsten Gewerkschaften des „Empires“. Die damalige Regierung Heath trat zwar in Verhandlungen, diese blieben jedoch ohne Ergebnis. Nach gescheiterten Wahlen<sup>1</sup> wurde die Regierung schliesslich durch eine Minderheitsregierung unter Harold Wilson (Labour) abgelöst. Diese beendeten den Streik, indem sie viele der Forderungen der NUM erfüllten. Dies war für die Kreise um Margaret Thatcher ein Kniefall vor dem „inneren Feind“. War Heath noch mit dem Slogan „who governs Britain?“ - die Regierung oder die Gewerkschaften? - in die Wahlen gestiegen, war damals klar: die Minenarbeiter waren stärker. Für eine neoliberale Politik, wie sie Thatcher verfolgte, war dieser Umstand ein Dorn im Auge. 1977 wurde daraufhin von Kreisen um Thatcher der „Ridley Plan“ formuliert. Dieser enthielt wichtige Punkte, wie man die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im Kohlebereich schwächen könnte. Der Plan bevorzugte Vorbereitungen und Massnahmen für den kompromisslosen Kampf von oben gegenüber Verhandlungen. Im Plan gab es konkrete Angriffspunkte gegen die Minengewerkschaften, da diese damals der kampfstärkste und somit ‚gefährlichste‘ Sektor waren:



Thatcher an der Regierungsspitze und drückte das Land immer weiter in einen neoliberalen Kurs. Die Schliessung von Kohleminen war schon vor dem Streik ein Thema, wurde jedoch meist schon nach Streikandrohungen abgetan. 1983 beförderte Thatcher Ian MacGregor zum Vorsitzenden des *National Coal Board*. MacGregor war eine wahre ‚Rationalisierungsmaschine‘, welche die *British Steel Corporation* „profitabel“ machte, dies unter anderem mit der Entlassung der halben Belegschaft. Die Minenarbeiter, ihre Familien und die Minengemeinden fürchteten berechtigterweise das gleiche Schicksal. Am 6. März 1984 kündete MacGregor schliesslich an, dass 20 (langfristig 70) von 170 Minen verhandlungslos geschlossen und somit auch 20' 000 Mineure freigestellt werden sollten. Dies unter dem Argument der mangelnden Rentabilität. In Tat und Wahrheit ging es jedoch darum, die Gewerkschaften zu schwächen und die Privatisierung der verstaatlichten Industriebetriebe voranzutreiben. Kurz darauf

die regionalen Vorstände zu individuellen Streiks aufforderte. Diese Taktik wurde wahrscheinlich auch gewählt, da einerseits manche (nicht betroffene) Regionen klar gegen einen (landesweiten) Streik waren und andererseits in den Vorjahren schon drei landesweite Streiks an den Urnen gescheitert waren. Zu dieser Zeit waren die Gewerkschaften jedoch auch gesetzlich verpflichtet, Abstimmungen über Streiks abzuhalten und somit konnte die Regierung die Streikenden als undemokratisch diffamieren und sich selbst als Beschützer der Demokratie aufspielen – mitsamt Polizeirepression und massiven strafrechtlichen Angriffen.

## Der Ridley-Plan

Schon 1947 wurde die Kohleproduktion verstaatlicht und unter die Führung des *National Coal Board* gestellt. Da die Industrie und Energieproduzent\_innen lange Zeit abhängig von Kohle waren, hatten die Gewerkschaften in diesem

- \* Anlegen von (geheimen) Kohlevorräten bei den Kraftwerken und Unternehmen
- \* Importmöglichkeiten für Kohle schaffen (möglichst via Häfen, welche nicht von Gewerkschaften oder Sympathisant\_innen kontrolliert werden)
- \* gewerkschaftsferne Transportunternehmen sollen für den Kohletransport angeheuert werden
- \* Heizungen werden mit einer Öl-Kohle-Kombination ausgestattet

<sup>1</sup> welche die Regierung Heath selbst einberufen hatte, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern.

\* Keine finanzielle Unterstützung von Streikenden, damit die Gewerkschaften diese selbst über Wasser halten müssen  
 \* eine eigene Polizeieinheit, welche sich auf die Aufstandsbekämpfung gegen „gewalttätige“ Streikposten spezialisiert

Obwohl der Plan schon 1978 im *Economist* abgedruckt wurde, verpasste es die NUM, sich auf die Taktik der Regierung vorzubereiten.

### Und alles fing so gut an

Der Streik 1984 begann nicht mit der Ausrufung des Landesstreiks durch Arthur Scargill. Schon kurz nach den Ankündigungen des National Coal Board bildeten sich landesweit wilde Streiks, vor allem bei den direkt betroffenen Minen. Anfangs gab es eine grössere Solidaritätsbewegung, welche zum Teil auch auf die Arbeit der Frauen der Mineure zurückzuführen war. Diese bildeten ausserdem das Rückgrat der Bewegung mit Essen, Mobilisierung und Beteiligung an Streikposten. Homosexuellengruppen, Feminist\_innen und weitere Gegner\_innen des Thatcher-Regimes unterstützten die Streiks. Minenarbeiter\_innen und Gewerkschaften im Ausland z.B. Russland oder Jugoslawien unterstützten die Streikenden zudem finanziell<sup>2</sup>. Ausserdem traten auch die Dockarbeiter im Juli 1984 in einen Sympathiestreik, was den Import von „Streikbrecherkohle“ erschwerte. Auch einige Eisenbahngewerkschaften traten in den Ausstand. Zu diesem Zeitpunkt wurde es eng für die Regierung: Es wurde gar über die Ausrufung des Ausnahmezustands und den Einbezug des Militärs nachgedacht. Nachdem die Forderungen der beiden Sympathisant\_innen erfüllt wurden, kehrten diese wieder zurück an die Arbeit. Nun konnte sich die Regierung wieder der NUM zuwenden. Im Unterschied zu 1974 ereignete sich im Minenstreik von 1984 – der „sozialen Schlacht um England“ wie ihn der Vorsitzende der NUM, Arthur Scargill, bezeichnete – kein einziger Stromausfall. Wurde 1981 einer Streikandrohung noch nachgegeben – mangels abgeschlossener Vorbereitungen wie genügenden Kohle-

reserven – war Thatcher 1984 bereit, der kampfstärksten Gewerkschaft Grossbritanniens das Genick zu brechen. Die spezialisierten Polizeieinheiten lieferten sich Auseinandersetzungen mit den Streikposten, wie in Orgreave, wo 5000 zum Teil berittene Polizisten auf 5000 Streikende trafen. Solche Bilder nutzten die Medien gezielt, um die Propaganda des „inneren Feindes“, wie Thatcher die Streikenden mehrfach nannte, zu unterstützen<sup>3</sup>. Die Ölheizungen sorgten für eine gewisse Unabhängigkeit von Kohle und die Transportunternehmen sorgten mit Blacklists für niedrige Beteiligung an Solidaritätsaktionen. Der wichtigste Punkt waren jedoch die Einschränkungen der Sozialhilfe für Familien von Mineuren: Der Social Security Act von

den und Armut. Die angehäuften Kohlevorräte und das Öl liessen im Winter schlussendlich nicht ganz England frieren, sondern nur die Kumpels und ihre Familien. Dazu kam die starke Repression durch die abgestellte Polizei. Immer mehr schlossen sich gezwungenermassen den Streikbrechern an. Manche beriefen sich dabei auf die „vorenthaltene Abstimmung“ über den Landesstreik, andere waren schlichtweg ausgehungert. Ausserdem führten gewalttätige Angriffe auf Streikbrecher zu Abspaltungen innerhalb der NUM.

### Das Ende

Am 3. März 1985 erlag die NUM schliesslich der Verelendung der Strei-



*Ein massives Polizeiaufgebot schützt Kohletransporte bei Orgreave.*

1980 strich nicht nur den Streikenden die Sozialhilfe, sondern setzte auch bei ihren Angehörigen an, um „eine ausgeglichene Verhandlungsmacht wiederherzustellen“. Die Streikenden waren somit auf die NUM angewiesen, deren Vermögen wurde jedoch durch Strafen gezielt angegriffen. So musste die NUM z.B. 200'000 Pfund Strafe zahlen, weil zwei Minenarbeiter gegen den „illegalen“ – weil nicht durch Abstimmung erreichten - landesweiten Streik geklagt hatten. Der Streik trieb – als die Streikkasse der NUM schon bald aufgebraucht war – die Betroffenen in massive Schul-

kenden und stimmte für einen Abbruch. War der Streik von 1974 noch der Moment des grossen Aufstiegs der NUM, markierte 1985 deren Untergang. Die Mitgliederzahl schrumpfte drastisch, unter anderem auch, weil in Folge des Streiks bis heute fast alle Minen privatisiert und geschlossen wurden. Thatcher hatte einen lange geplanten Feldzug gegen die Gewerkschaften geführt – von denen die NUM Symbolcharakter hatte – und gewann diesen. Die Folge war die Verelendung der ehemaligen Minengebiete, weniger Einfluss der Gewerkschaften und ein weiterer Meilenstein in der neoliberalen Politik unter Thatcher. „The bitch is dead“, ihr Vermächtnis aber noch lange nicht.

<sup>2</sup> Im Gegensatz zu der Regierung der Sowjetunion und der DDR, welche Grossbritannien mit „Streikbrecherkohle“ belieferten.

<sup>3</sup> Die Medien führten ausserdem eine Schlammschlacht gegen Scargill („Adolf Scargill“, „Yorkshire Ripper“ etc.) welche doch ein paar Parallelen zu der Schmutzkampagne gegen den GDL-Chef Claus Welsky in Deutschland im Herbst 2014 aufweisen.

# Wohin des Weges?

**Die Wege der politischen Alternative divergieren stark. Die resultierende Heterogenität wäre vielversprechend, wenn sie von den einzelnen Initiativen und Gruppen auch beabsichtigt oder begrüsst werden würde.**

Meine Artikel sind in letzter Zeit geprägt von der Frage, wie mit dem Selbstverständnis als Anarchist\_in – genauer Anarchosyndikalist\_in – eine Aktions- und Organisationsform gefunden werden kann, die gesellschaftsfähig ist. Ich hoffe und kämpfe dabei durchaus für eine utopische Gesellschaft, doch eine Gesellschaft soll es immerhin werden, nicht nur ein loses Konglomerat von unterschiedlichen Entwürfen, die nicht zusammen arbeiten können. Das Wesen der Gesellschaft ist, dass sie eben nicht einem politischen System entspricht, sondern letztlich einer Gesamtheit aller Menschen. Untergruppen und unterschiedliche Entwürfe betreffen nur die eigenen Lebensführungen, während diverse Probleme global angegangen werden müssen und viele Produktionsprozesse wirklich global organisiert sind. Obwohl ich alternativen Ansätzen sehr positiv gegenüber stehe, sind deren langfristige Entwicklungstendenzen mehrheitlich bedenklich bis kontraproduktiv. Damit will ich nicht primär die bestehenden Organisationen und ihre Ziele kritisieren, sondern viel mehr ein Augenmerk auf den Faktor Zeit in Organisationsformen richten und damit auf einen blinden Fleck in Organisationsstrukturen hindeuten. Denn letztlich ist der Faktor Zeit für die Grundsätze der Kooperationsformen verantwortlich. Nur wer sein Projekt als etwas Langfristiges versteht, ist gezwungen die Organisationsform dauerhaft zu machen. Das heisst die praktischen Bedürfnisse der Menschen miteinbeziehen, eine kritische Grösse zu erreichen und passende Aufgabengebiete zu definieren.

## Globale Gesellschaft

Auch wenn für viele Anarchist\_innen die gesellschaftliche Organisationsweise nicht im Vordergrund steht, bzw. als Einschränkung der Freiheit ganz abgelehnt

wird, handelt es sich schon dem Thema nach nicht um eine Frage für Individuen oder Kleingruppen – zumindest auf der Ebene der Zuordnung handelt es sich bei politischen Themen um Fragen der ganzen Gesellschaft. Die Forderungen der verschiedenen anarchistischen Gruppen zielen natürlich auch auf eine freie Gesellschaft, nur halten die Toleranzgrenzen meistens nicht mit den Realitäten mit.

Das klingt angriffiger als es gemeint ist, denn es geht vor allem um ein theoretisches



*Wie soll die zukünftige Gesellschaft aussehen? Zurück zu einem „einfachen“ Leben...*

Paradox. Um selber den Handlungsraum, beziehungsweise die Handlungsfreiheit zu maximieren, muss der Interaktionsraum verkleinert werden. Je kleiner auf organisatorischer Ebene jedoch die kooperierenden Gruppen sind, desto wichtiger wird die Konzeption des Ganzen, da mit der Vorstellung von Gesellschaft auch der Umgang mit Konflikten zwischen den Haltungen der Subgruppen einhergeht. Zentrales Element des anarchistischen Selbstbestimmungsparadigmas ist also die Akzeptanz durch andere. Denn ohne kommt jeder Selbstversuch sofort unter Druck von aussen.

## Erfahrungen im Kleinen...

Vereinfacht kann folgender Zusammenhang vorausgesetzt werden: Je radikaler der Veränderungsvorschlag an die Gesamtgesellschaft ist, desto grösser ist der Druck durch Gruppen und Fraktionen mit anderen Haltungen, das heisst desto unüberbrückbarer wird auch die Abgrenzung. Mit einer einmaligen Festlegung

der eigenen Ziele, zum Beispiel den Kapitalismus abzuschaffen, syndikalistische Betriebsstrukturen aufzubauen oder eine Alternativwährung zu lancieren, definiert sich auch die Haltung gegenüber anderen Gruppen und Bewegungen ein für alle mal. Die obigen Beispiele zeigen aber auch den wichtigen Unterschied auf, während die Forderung zur Abschaffung des Kapitalismus – ein notwendiger Schritt für eine alternative Gesellschaft – eine breite Basis sucht, schliesst sie

gleichzeitig viele Ansätze als Lösungsweg aus. Nicht direkt, aber wer etwas abschaffen will, hat noch keine Vorstellungen über Alternativen, wer „nur“ die Zerstörung fordert, zeigt noch keinen Weg auf, wie sie oder er dies erreichen will. Wer syndikalistische Betriebsstrukturen fordert oder fördert, beschreitet

dagegen einen klaren Weg. Weniger die Ablehnung von etwas als vielmehr Überlegungen zur Alternative bestimmen das Selbstverständnis. Zuwendung und Abgrenzung zu anderen Projekten und Zielen liegen in der Analyse der eigenen Zielvorstellungen und in Einschätzungen zu Potentialen und Zielen möglicher Bündnispartner\_innen. Das letzte Beispiel, die Alternativwährung hat einen ähnlichen Ansatz wie das vorangegangene, der Unterschied liegt darin, dass die Währung nicht ein Projekt in Betriebsform ist, sondern eine mögliche Verknüpfungsart vieler Projekte darstellt<sup>1</sup>.

## ...und der Blick aufs Ganze

Die Vielfalt der Projektansätze ist politisch-agitatorisch eine spannende und vielversprechende Ausgangslage. Denn mit einem kritischen Blick auf bestehende Organisationsformen in der Bewegung

<sup>1</sup> Für eine differenziertere Kritik am aktuellen Beispiel in Bern siehe den Artikel *Währung mit Manifest* in dieser Ausgabe, Seite 6.

lassen sich praktische Widersprüche zwischen den Zielen und dem Erreichten finden. Noch wichtiger scheint mir die Möglichkeit, blinde Flecken in der Selbstwahrnehmung zu entdecken.

Das hat zwei Gründe. Einerseits die praktischen Erfahrungen in Gruppen und Projekten. Vor allem in Kleingruppen zuhause, zeigen diese immer wieder die Tendenz, sich auf die eigene Perspektive zurück zu ziehen und die Kooperation mit Gruppen anderer Ansicht zu vernachlässigen oder – ganz praktisch – aus fundamentalen Gründen abzulehnen. Kleingruppen sind spannende Praxisfelder für direkte Interaktionen und zum Erfahren

es immer schwieriger das Vertrauen in die Institutionen zu behalten. Beim Nachfragen wird schnell klar, dass das Establishment auch für die Befürworter\_innen etwas zu offensichtlich agiert. Flucht in die Religion – Entschuldigung: Die Reduktion des Alltags auf Konsumhandlungen, egal ob materiell oder geistig – ist täglich und überall anzutreffen. Der linke Aktivismus begegnet dem mehr oder weniger hilflos. Die meisten Initiativen und Projekte leben davon, dass die Akteur\_innen zu Beginn ihre Freizeit für das Projekt opfern, welches sie durch ihre Arbeit quersubventionieren. Erfolg haben sie dann, wenn sie das

lem der Anarchismus, erst einmal einige grundsätzliche Fragen klären, um der Bewegung etwas mehr Gesicht zu verleihen. Zum Beispiel fehlt eine Haltung zur aktuellen „Wohlstandsgesellschaft“. Soll die alternative Gesellschaft ein ähnliches technologisches Niveau aufweisen? Wenn ja, muss der Frage der globalen und hochgradig arbeitsteiligen Produktionsprozesse viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wie kann die aktuelle ressourcenverschwendende Grundhaltung überwunden werden? Müssen zuerst abbaubare Kunststoffe entwickelt werden oder geht der Ansatz über eine Reorganisation der



*...oder vielleicht doch eher so?*

von Dynamiken in der Diskussion und Gruppenbildung. Sie kommen per Definition nicht über dieses Stadium hinaus, da sie ihr Selbstverständnis unabhängig von praktischen Kooperationsproblemen festlegen (können). Der zweite Grund ist, dass je mehr Einsatz für alternative Projektformen und Politaktivismus gegeben wird, desto grösser wird der Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft. Umso grösser wird auch die Diskrepanz zwischen Wunsch und Erfahrung. Utopien überleben die Praxis nicht, viel schlimmer, je vehementer man an einem Traum festhält, desto unerträglicher oder entrückter wird die „Realität“. Die Gesellschaft stellt sich aus individueller Sicht als unverrückbare Masse dar.

### **Umso besser**

Der resultierende Frust in der Gesellschaft kann uns nur zugute kommen, um eine alte Hoffnung zu repetieren. Selbst im bürgerlichen Selbstverständnis wird

Hobby zu einem Geld generierenden Projekt umformen können. Vielleicht können sie dann immer noch nicht davon leben, aber die tatsächliche Arbeit wird bezahlt und die Genossenschaft oder das Kollektiv wird zur moralischen Begleitung. Das führt zum Glauben, es könne so etwas wie einen sozialen Kapitalismus geben, man muss also nicht das ganze System in Frage stellen, sondern nur etwas unterwandern und in einem neuen Selbstverständnis auferstehen lassen.

Die Entwicklungen im Anarchismus zeigen ähnliche Probleme. So sehr die Grundlagentexte im Anarchismus zentrale Probleme beschreiben, haben die Organisationsformen doch den Anschluss an die Gegenwart nicht überdauert. Neueren Ansätzen fehlen einerseits die breite Unterstützung, das heisst sie sind (noch) nicht in der Basisbewegung angekommen und andererseits fehlt auch ein überzeugender Umgang mit dem Ist-Zustand.

Vielleicht muss die linke Szene, vor al-

Produktion und dauerhaftere Geräte? Sind diese Fragen zu konkret? Auf der einen Seite ja, denn die Planbarkeit einer alternativen Zukunft ist sicher stark eingeeignet, Vorstellungen über die Zukunft haben vor allem eine Bedeutung für die Gegenwart. Gleichzeitig lautet die Antwort auch nein, denn politische Kooperationen leben von der Praxis. Je genauer wir die Gegenwart verstehen, desto deutlicher können wir die Kritik äussern und noch wichtiger, desto besser verstehen wir das Problem, für das wir eine (utopische) Antwort suchen. Die Idee des Anarchismus hat schon mehr als ein Jahrhundert auf dem Buckel, so geht es den meisten alternativen Gesellschaftsentwürfen. In dieser Zeit hat sich die Gesellschaft stark verändert, nicht zuletzt auch durch die Kritik daran. Auf diese Erfahrungen zurückzugreifen mag anstrengend sein, aber nur so gibt es Chancen aus dem gesellschaftlichen Randbereich herauszukommen.

s.deo

# Upton Sinclair: Der Dschungel

Litauer\_innen in Chicago feiern eine Hochzeit. Es wird gefestet, getanzt, geschlemmt und getrunken. Die Gesellschaft ist glücklich und macht Spässe - mit dieser Szenerie beginnt Upton Sinclairs Roman über das Schicksal eines migrantischen Arbeiters um die Jahrhundertwende.

Die Freude der Hochzeit währt allerdings nicht lange, die litauische Grossfamilie wird von unzähligen Schicksalsschlägen getroffen. Jurgis Rudkus, das Familienoberhaupt, ist ein bärenstarker Mann und kommt am Anfang – unverbraucht und bei bester Gesundheit – ohne Probleme zu einem Job in den riesigen Schlachthöfen. Erste Schicksalsschläge kann die Familie wegstecken, da Jurgis noch mehr arbeitet. Irgendwann können auch seine breiten Schultern die Last nicht mehr tragen – vor allem weil er gezwungen ist schlechtere Jobs anzunehmen. Die Folge ist ein immer schnellerer Absturz in tiefste Armut.

## Roman oder Reportage?

Sinclair wurde von Kritiker\_innen vorgeworfen, dass er gar keine Romane schreibe, sondern bloss Sozialreportagen durch Figuren verbinde. Diese Kritik ist durchaus berechtigt, aber nicht nur in einem negativen, sondern auch in einem positiven Sinne: Sinclairs Buch ist nicht bloss eine Milieustudie in der mit viel künstlerischer Freiheit eine gute Geschichte erzählt werden soll. Die haarsträubenden Arbeits- und Hygienebedingungen in den Schlachthöfen sind genau so beschrieben, wie sie um die Jahrhundertwende waren. Sinclair wurde von den Fleisch-Trusts sogar wegen Verleumdung verklagt, aber freigesprochen. Ein Roman ist das Buch eigentlich bloss, weil die einzelnen Einblicke in verschiedenste Industrien um Chicago, ins Trampen, die Prostitution, die Korruption und die Unterwelt nur durch die Figur von Jurgis zusammengehalten werden. Das Buch macht deswegen teilweise einen etwas überfrachteten Eindruck: Es ist gut möglich,

dass einem einzelnen Menschen innerhalb weniger Jahre so viel zustoisst und er oder sie so viel Leid und Elend sieht wie Jurgis, aber oft wirkt die Geschichte etwas zu heftig. So als ob Sinclair noch schnell auf ein anderes Problem, auf einen anderen Missstand hinweisen wollte und ihm weniger an der Entwicklung der Charaktere oder der Geschichte lag. Trotzdem ist das Buch flüssig und spannend zu lesen, vor allem dann, wenn Sinclair in allen Details schildert wie es in einem Schlachthof aussieht und wie und was die Arbeiter\_innen dort arbeiten, dann dringt einem fast schon der warme metallische Geruch von Kuhblut in die Nase.

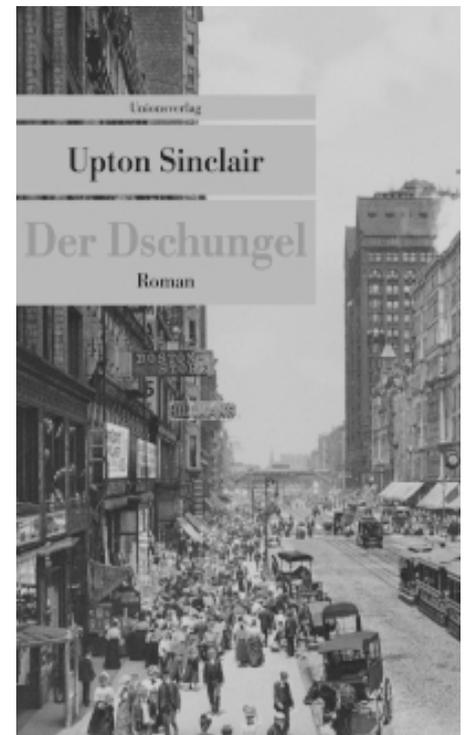
## Fader Schluss

Obwohl der Roman zuerst in der sozialistischen Zeitschrift *Appeal to Reason* erschien, fand das Buch grosse Beachtung. Nicht nur wurde Sinclair verklagt, sondern es führte auch zum ersten Hygienegesetz für die Fleischverarbeitung in den USA. Eine Ironie der Geschichte ist, dass nach diesem Buch nur die Bedingungen für das tote Fleisch verbessert wurden. Für die lebendigen Arbeiter\_innen blieb alles beim gleichen, auch wenn die unmenschlichen Arbeitsbedingungen aufs Genaueste beschrieben werden. Der von Sinclair so hoch geschätzte Parlamentarismus sorgte sich also nur um die Gesundheit der (besitzenden) Konsument\_innen und keinen Deut um die Gesundheit der Arbeiter\_innen. Dass dies so ist, belegt der äusserst fade Schluss des Buches: Die Aneinanderreihung der Schicksalsschläge, der miserabelsten Arbeitsbedingungen und der unentrinnbaren Armut endet damit, dass Jurgis auf der Suche nach einem warmen Plätzchen in eine Wahlveranstaltung der Sozialistischen Partei sitzt. Dort auf eine anscheinend andere und ehrliche Art von Politiker\_innen trifft – Jurgis verdient seinen Lebensunterhalt einige Zeit auch damit, Stimmen zu kaufen - und so zum glühenden ... Sozialdemokraten wird. Nach den extremen Tiefs,

der ständig enttäuschten Hoffnung und dem Zynismus, den Jurgis mit der Zeit selbst übernimmt, wirkt es etwas unglaubwürdig, dass Jurgis zu einer gemässigten Richtung hingezogen wird – insbesondere in Chicago, einem der Zentren der anarchistischen Bewegung in den USA, auch nach der Haymarket-Tragödie 1886.

Trotz diesem faden Schluss ist dieses Buch eine empfehlenswerte Lektüre. Die Bücher Sinclairs – er schrieb etwa auch über die Öltrusts und über das Schicksal von Sacco und Vanzetti – sind peinlich genau recherchierte Zeitbilder und wurden deswegen auch *muckraking-novels* (etwa Nestbeschmutzerromane) genannt – eine Tradition auf die sich investigative Journalist\_innen auch heute noch berufen.

smf



## Zum Buch:

Upton Sinclair: Der Dschungel  
 Unionsverlag  
 ca. 420 Seiten  
 ISBN 978-3-293-20664-9  
 € 13.95 / SFr. 20.90

# In kalten Tagen

*In Kalten Tagen Winter genannt,  
besinnen sie sich ihrer Mitarbeiter und prüfen  
wie  
man denen zu Weihnachten eine Freude machen  
kann  
die nichts kostet  
damit diese im nächsten Jahr  
ohne zu murren  
noch mehr leisten  
und sie überlegen  
ob das Armband  
für die Tochter  
für Dreihundehrtausend  
nicht doch zu schäbig ist  
und bestellen ihr noch  
ein neues Auto  
ist doch Weihnachten*

von: Harald Stubbe

# Rassismus

Wenn vier Türken jung und stark  
Schlendern durch die Gassen  
Fürchtet der Herr Müller sich  
Fängt an sie zu hassen.  
Hat ein Maroc nach der Arbeit  
Noch Büros geputzt  
Und hat er das extra Geld  
Für nen Benz genutzt´  
Ist Herr Müller der das sieht  
Mit dem lästern schnell  
Maroc und ein Daimler Benz  
Der ist kriminell  
Ich als Deutscher fürchte mich  
Vor den Müllers weil...  
Wenn Bild einmal vier Wochen hetzt  
Schrein sie wieder Heil!

von: Harald Stubbe

## Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



**di schwarzi chatz**  
Zeitung der Freien Arbeitersamen Union in der Schweiz

**Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten**  
Sprengprogramme um Sprengprogramme, Proteste um Proteste. Die Historischen aus Spanien haben ein offizielles Bild. Wie stehen die dortigen sozialen- und Arbeiter\_innenbewegungen und welche Probleme stellen sich ihnen? Dieser Erfahrungsbereich soll einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

**Arbeitslosigkeit und Solidarität**  
Arbeitslosigkeit und Solidarität. In der Schweiz ist die Arbeitslosigkeit ein Problem, das sich in den letzten Jahren verschärft hat. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Wie wird mit dem Problem umgegangen? Wie wird Solidarität gelebt?

**Die Palmen sind hier...**  
Die Palmen sind hier... In der Schweiz sind die Palmen ein Symbol für den Tourismus. Wie wird mit dem Tourismus umgegangen? Wie wird die Umwelt geschützt?

**Die Palmen sind hier...**  
Die Palmen sind hier... In der Schweiz sind die Palmen ein Symbol für den Tourismus. Wie wird mit dem Tourismus umgegangen? Wie wird die Umwelt geschützt?

# abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler\_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name: .....

Adresse: .....

PLZ/Ort: .....

E-Mail: .....

Einsenden an:  
di schwarzi chatz  
c/o FAU Bern  
Postfach 636  
3000 Bern 25  
oder:  
zeitung@faubern.ch

**EINE GEWERKSCHAFT:** Weil diese Organisationsformen sowohl den ökonomischen, politischen, sozialen, und bis zu einem gewissen Grad auch den kulturellen Bereich des Lebens abdeckt. Weil sie direkt aus der Bevölkerung entsteht und deren Interessen vertritt.

**KÄMPFERISCH:** Weil die Interessen der Arbeiter\_innen sich denjenigen des Kapitalismus/der Kapitalistinnen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

**SELBSTBESTIMMT:** Weil Entscheidungen von der Basis getroffen werden sollen und wir zur Selbstorganisation der Kämpfe aufrufen.

**SOLIDARISCH:** Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen. Weil einzig Reflexion und die berufsübergreifende Aktion den Gruppenegoismus verhindern.

**ANTIKAPITALISTISCH:** Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

### Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:  
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.



# Recht auf Mitwirkung im Betrieb

Das *Mitwirkungsgesetz* ist ein Bundesgesetz mit dem Ziel, die Interessen der Arbeiter\_innen gegenüber den Arbeitgebenden wahrzunehmen. Dabei heisst Mitwirkung nicht unbedingt Mitentscheidung.

## 1. Allgemeine Bestimmungen (§1 - §4)

Hier wird die Anwendbarkeit geregelt und dass das Gesetz einen Minimalansatz darstellt, der Zugunsten der Arbeitnehmer\_innen verbessert werden darf.

Anwendung findet es nur in privaten Betrieben (die öffentliche Hand ist ausgeschlossen) und nur an einzelnen Standorten von Unternehmen (Betrieb vs. Firma). Die Pflicht zu informieren muss von den Arbeitnehmer\_innen eingefordert werden. Dabei gilt ein Grenzwert von 50 Beschäftigten, ab dem eine Kommission verlangt werden kann. Für Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten gelten die Mitwirkungsrechte gemäss Artikel 9 und 10 direkt.

## 2. Arbeitnehmendenvertretung (§5 - §8)

Eine Vertretung der Arbeitnehmer\_innen kann dadurch erreicht werden, dass ein Fünftel der Beschäftigten einen Antrag stellt, bei mehr als 500 Personen in einem Betrieb bleibt der Grenzwert bei 100 stehen. Der Entscheid zu diesem Antrag muss in geheimer Abstimmung erfolgen. Erst in einem zweiten Wahlverfahren wird die Delegation bestimmt. Die Anzahl der Delegierten (mindestens 3) muss mit der Betriebsleitung abgesprochen werden, gemäss der Betriebsstruktur.

## 3. Mitwirkungsrechte (§9 - §10)

Die Interessen der Arbeiter\_innen stehen weniger im Vordergrund als die Erfüllung der Aufgaben:

„Die *Arbeitnehmervvertretung hat Anspruch auf rechtzeitige und umfassende*

*Information über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis Voraussetzung für eine ordnungsgemässe Erfüllung ihrer Aufgabe ist.“ (§9 Abs.1)*

Die Betriebsleitung ist verpflichtet mindestens einmal jährlich über die Auswirkungen des Geschäftsganges auf die Beschäftigten zu informieren. Anschliessend werden einige Themen genannt, die die Delegierten besonders angehen: Arbeitssicherheit, Betriebsübergabe, Massenentlassungen und betriebliche Altersvorsorge. Diese sind alle im OR genauer geregelt.

## 4. Zusammenarbeit (§11 - §15)

In der Zusammenarbeit sind die Arbeitgebenden verpflichtet, Unterstützung in Form von *Räumen, Hilfsmitteln und administrativen Dienstleistungen* zu gewähren. Zusätzlich sind die Delegierten in ihrer Arbeit als Beauftragte der Arbeitnehmenden geschützt, dieser Schutz beginnt bereits mit der Ankündigung, sich zur Wahl zu stellen.

Wenn möglich, sollen die Arbeitgebenden auch die Zeit für diese Arbeit zur Verfügung stellen, diese Arbeit ist also nicht eindeutig Arbeitszeit, mit der Bezahlung ist es sogar noch unklarer, letztlich hängen diese Aspekte alle von Verhandlungen zwischen den beiden Parteien ab, nach Prinzip von Treu und Glauben.

Dabei sind beide Seiten der Verschwiegenheitspflicht unterstellt. Die Pflicht der Delegierten zur Bewahrung von Geheimnissen geht nur so weit, wie sie ihre Aufgabe zur Interessenwahrung nicht verhindert. Andererseits sind alle Angestellten, denen Informationen zukommen an die Verschwiegenheit gebunden.

Um diese Rechte juristisch zu erkämpfen sind alle Arbeitnehmer\_innen, Arbeitgeber\_innen und die jeweiligen Verbände zur Klage berechtigt.

## Impressum

di schwarzi chatz  
c/o FAU Bern  
Postfach 636  
3000 Bern 25

Auflage: 450  
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

## Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos  
zeitung@faubern.ch  
FAU Bern - Syndikat aller Berufe  
info@faubern.ch